

Mehr Geld für Sprachlehrer

MIGRANTEN Kurz vor Auslaufen der Arbeitsverträge klafft noch eine Lücke von zwei Millionen Euro für die Verlängerung. Minister Tullner erhofft sich 75 Stellen.

VON HAGEN EICHLER

HALLE/MZ - Die Regierungskoalition will für Flüchtlingskinder auch über den 1. Januar hinaus Sprachunterricht anbieten. Die Verträge von 185 Pädagogen laufen zum Jahresende aus, 50 davon wurden unbefristet übernommen. Bildungsminister Marco Tullner (CDU) rechnet nun damit, dass er 75 weitere Vollzeitstellen bis zum Schuljahre sende verlängern kann. In diesem Ziel sei sich die Koalition einig, sagte Tullner im Interview mit der Mitteldeutschen Zeitung.

Allerdings müssen CDU, SPD und Grüne die für das Programm nötigen knapp zwei Millionen Euro noch auftreiben. Vor allem die SPD setzt sich vehement für die Verlängerung der Sprachförderung ein. Noch Ende September hatte sich Tullner im Landtag gegen das Drängen von SPD-Fraktionschefin Katja Pähle verwahrt.

Dem Bildungsminister geht es nun um eine Verlängerung bis zum Ende des Schuljahres. Vom kom-

menden Schuljahr an müsse aber die Einstellung regulärer Lehrer Vorrang haben, sagte er. „Bei begrenzten Stellen will ich lieber allen Referendaren, die wir ausgebildet haben, ein Angebot machen. Da setze ich die Priorität.“

Mit Blick auf die Unterrichtsversorgung stimmt der Minister Schüler und Eltern auf eine lange Durststrecke ein. In vielen Schulen fehlen Lehrer, Unterricht fällt aus. Angesichts der bevorstehenden Verrentungswelle werde sich die Lage in den kommenden Jahren nicht verbessern, räumte Tullner ein. „Eine Unterrichtsversorgung, bei der alle Kinder und Eltern glücklich durchs Land laufen, werden wir in den nächsten fünf Jahren leider nicht erreichen.“



Marco Tullner (CDU)
Bildungsminister

„Es gibt Probleme mit den zu starren Regelungen.“

Der Lehrermangel hat teils bizarre Folgen. An der Grundschule Gossa (Anhalt-Bitterfeld) unterrichten bereits seit mehreren Wochen Eltern, weil das Landesschulamt keinen Ersatz für eine erkrankte Lehrerin geschickt hat. Tullner lobte das Engagement. Auf die Frage, ob das ein Modell auch für andere Schulen sei, sagte er jedoch, Fachunterricht durch Lehrkräfte könnten und sollten Eltern nicht ersetzen.

Schuld an der Lage der kleinen Grundschule sei das Landesschulamt. „Ich habe jetzt erfahren, dass eine pensionierte Direktorin bereit gewesen wäre, auszuhelfen“, sagte Tullner. „Aber aufgrund zu starrer Regelungen und anfänglich fehlender Gelder war es nicht möglich, das Problem zeitnah zu regeln.“

Als „unterirdisch“ bezeichnete Tullner auch die Art und Weise, in der das Landesschulamt kurzfristig mehr als 100 Pädagogische Mitarbeiter an andere Schulen abgeordnet hat. Eine Versetzung von Landesschulamts-Direktor Torsten Klieme (SPD) schloss Tullner jedoch aus. Klieme war 2012 unter Tullners Amtsvorgänger Stephan Dorgerloh zum Chef der damals gegründeten Mittelbehörde aufgestiegen. Probleme gebe es „an den Strukturen und zu starren Regelungen“, sagte Tullner, das lasse sich aber verändern. Eine neue Mitarbeiterin im Ministerium solle nun „Kommunikationsprozesse beschleunigen“.

Schon im kommenden Jahr steht der nächste Konflikt in den Schulen bevor: Die Landesregierung muss klären, wie viele Pädagogische Mitarbeiter es künftig geben soll. Dabei geht es auch um die Frage, ob die Grundschulen wie bislang verlässlich täglich fünfeinhalb Stunden Betreuung abdecken können.

Seite 2

**Lehrermangel
für die
nächsten
5 Jahre!**